

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Provinz bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 20,- M., vierteljährlich 60,- M., halbjährlich 120,- M., außerorts 25,- M., außerorts 30,- M., außerorts 35,- M., außerorts 40,- M., außerorts 45,- M., außerorts 50,- M., außerorts 55,- M., außerorts 60,- M., außerorts 65,- M., außerorts 70,- M., außerorts 75,- M., außerorts 80,- M., außerorts 85,- M., außerorts 90,- M., außerorts 95,- M., außerorts 100,- M.

Schriftleitung und Hauptverlag: Neudruck Dresden.
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Größenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das vorläufige Ergebnis der Morduntersuchung

Die politischen Parteien unbeeiligt.

Berlin, 26. Juni. Sämtliche beurlaubten Beamten der Kriminalpolizei der Abteilung Ia sind telegraphisch zurückberufen. Die Mordkommission ist in drei Abteilungen geteilt worden. Die erste nimmt alle einlaufenden Anzeigen und Mitteilungen entgegen, die zweite untersucht noch einmal alle früheren Anschläge auf führende Persönlichkeiten, sowie alle Drohbriefe, mit denen Rathenau, aber auch andere im öffentlichen Leben stehende Personen überschüttet worden sind. Die dritte beschäftigt sich mit allen Geheimorganisationen und Verbindungen, die für das Verbrechen in Betracht kommen könnten. Die Ansicht der Mordkommission geht nach dem „Vokalang“ dahin, daß die Attentäter in deutschvölkischen Kreisen zu suchen seien.

Die Kommission erklärt aber ausdrücklich, daß keine der Parteien des Deutschen Reiches von rechts bis links, direkt oder indirekt, ihre Hand bei dem ruchlosen Verbrechen im Spiele habe.

Wohl aber lenkt sich der Verdacht auf gewisse Geheimorganisationen. Verdächtig ist namentlich die Organisation „Consol“, die ja auch ihre Hand bei der Ermordung Ergraberers im Spiele gehabt haben soll. Nach der „Neuen Welt“ hat die Kriminalpolizei heute nacht außerhalb Berlins eine Verhaftung vorgenommen, der zunächst größere Bedeutung beigelegt wird, doch sind nähere Einzelheiten bisher noch nicht in Erfahrung gebracht worden. Dasselbe Blatt erzählt von unermittelter Seite, es sei zu erwarten, daß noch im Laufe des heutigen Tages

Überraschende Ereignisse von großer Tragweite

sich abspielen werden. Es dürfte sich um greifbare Ergebnisse der bisherigen Nachforschungen handeln. Kurzzeit sind viele hundert Beamte in einzelne Gruppenkreise, Nachwächungskommandos usw. eingeteilt, nicht nur in Groß-Berlin, sondern auch in der weiteren Umgebung, also in der ganzen Mark Brandenburg unterwegs, um Feststellungen zu machen. Bei allen Automobilfabriken wird festgehalten, an wem sie in dem letzten Jahren Automobile verkauft haben. Alle Automobilbesitzer müssen Auskunft über den Verbleib ihrer Wagen geben. Erhöhter Wert wird die Arbeit im Regierungsbezirk Potsdam durch den Raub der Automobilisten, besonders durch die zahllosen Schickungen mit Automobilen und durch die massenhaften Diebstähle von Kraftwagen. Die Grenzstationen sind durch verstärkte Ueberwachungsdiene gesichert. Die Schmugglerwege, die der Polizei größtenteils bekannt sind, sind hermetisch verschlossen. Aus der Fülle der Befragungen, die Sonnabend nachmittag schon die Zahl 1000 weit überschritten, hat sich

eine äußerst wichtige Zeugenansage

herausgeschält. Ein in Potsdam wohnender Zivilführer, der zurzeit stellenlos ist, hatte am Sonnabend vormittag geschäftlich in der Kolonie Grunewald zu tun. Ihm fiel in der Königs-Allee ein großes, sehr hübsches Tourenauto auf, dessen Motor angelassen war und dessen Räder durch eine Dachstuhdecke geschützt war. Er bemerkte, daß sowohl der Chauffeur, der Zivilkleidung trug, wie einer der beiden jungen Männer, die später im Fond des Wagens saßen, mit Ungleichheit den Gang des Motors nachprüften, um sich zu überzeugen, ob auch alles tadellos funktionierte. Stung machte der Führer auch, daß der zweite der jungen Leute immer scharf nach der Königs-Allee hin sah und seinem Gefährten wiederholt Worte zurief. Dieses verdächtige Verhalten veranlaßte den Führer, die Leute scharf ins Auge zu fassen. Aus diesem Grunde war er in der Lage, eine sehr genaue, bis in die Einzelheiten gehende Beschreibung der beiden Männer wie des Chauffeurs zu geben.

Auch den Wagen beschrieb der Zeuge genau: Neuester Typ, hinten kantig mit verstemtem Verdeck, Farbe schwarz-blau, sechsstufiger Tourenwagen, mindestens 80 PS. Der angelegene Motor hatte einen auffallend ruhigen Gang. Weichläufer verdeckt durch eine Haube, aus schwarzem Weichleder, die die Radtritte verbräun. Zwei Rotke, Vollstern dunkelgrün, gerippt, Kronprinzeneräder. Bereifung verhältnismäßig neu, zwei große gelbe Messingstreifenwerfer und zwei elektrische Lampen an beiden Seiten der Schutzscheibe, Hupe mit Schlauch und Gummiband, auf dem Trittbrett rechts Messingbehälter für die Karbidbeleuchtung.

Die Täter

wurden wie folgt beschrieben:
Die erste Person ist 1,88 Meter groß, schlank, mittelalt, mit dunkelbraunem, fast schwarzem in der Mitte gescheiteltem, an der Seite des Hinterkopfes fast ins Schwarze gehendem, halblang gehaltenem vollen Haar, auffallend starke, schwarze, über der Nasenwurzel fast zusammenge wachsene Augenbrauen, dunkelbraune Augen, vorstehende Oberlippe, kleiner dunkler Schnurrbart, gekrümmte (Wurzel), fast mit den Mundwinkeln abschneidend, blaue Gesichtsfarbe, ovales, hageres Gesicht mit scharf angezeichneten Backenknochen, Alter schätzungsweise 24 bis 26 Jahre. Bekleidung brauner lederner Automobilmantel, in der Mitte durch einen 3 bis 3½ Zentimeter breiten braunen Lederriemen zusammengehalten. Mantel war oben geschlossen, man sah aber einen weiten Stehragen. Dunkelbraune Schuhe von breiter Form, hellbraune Ledergamaschen, die unten zum Einstecken und oben zum Schnalzen waren. Mantel war vorn und hinten umgeschlagen wie beim Reiten, so daß man die hellbraune Zylinderkappe mit Besatz, anscheinend von Leder, sehen konnte. Der Mantel war ungefüllt, Automobillampe von hellbrauner Färbung mit Ohrenklappen. Der Mann machte mit seiner ganzen Erscheinung fast den Eindruck eines Ausländers. Er trug eine nach oben geschobene braune Autobrille in der Färbung der Autolampe.
Die zweite Person: Schlankte Statur oder kleiner als Nr. 1, blonde Augenbrauen, bartlos, blaue Augen, feine

alexische Nase, so daß das Gesicht ein fast mädchenhaftes Ansehen hatte. Auf der linken unteren Wange oberhalb des linken Stirnbogens nicht weit vom Mundwinkel entfernt deutlich sichtbar Narbe, die den Eindruck einer Schußwunde machte. Schlank, merliche Hände, Alter 24—26 Jahre. Bekleidung: Automobilmantel von Leder, etwas heller als der von Nr. 1, hellbraune Autolampe mit Ohrenklappen (sonst wie Nr. 1).

Der Chauffeur: Dunkelbraune Kleidung, hellbraune Reifenschuhe mit Schirm.

Dieser wichtige Zeuge befandete noch, daß er plötzlich sah, wie der nach der Königsallee ausführende junge Mensch eilhaft auf das Auto zulief und hineinsprang, gleichzeitig mit ihm sein Gefährte und ebenso der Chauffeur. In dieser Sekunde kam ein Auto die Königsallee entlang. Es war dies das Ministerauto. Nach folgte das verdächtige Auto, dem ein anderer Kraftwagen wiederum folgte, dem Ministerwagen. Der Führer hörte dann, als das Ministerauto und das ihn verfolgende Auto auf gleicher Höhe die Königsallee und Erbhener Straße befanden, mehrere Schüsse fallen. Da er glaubte, daß es sich um eine gegenseitige Beschlezung handle und er sich nicht in Gefahr begeben wollte, bog er durch die Warmbrunner Straße ab. Er sah dann wenige Minuten später das Automobil mit den Attentätern in der Richtung nach Schmargendorf verschwinden.

Das Beileid der sächsischen Regierung.

Nach einer Mitteilung der Staatskanzlei hat die sächsische Regierung an den Reichstanzler folgendes Beileidsgramm gerichtet:

Die Volkshoff von der Ermordung des Reichsministers Rathenau hat die Regierung des Freistaates Sachsen mit tiefer Trauer und Empörung erfüllt. Nach dem ruchlosen ungeführten Mord an dem Abgeordneten Ergraberer ist jetzt ein neues unerhörtes Verbrechen von nationalitätlichen Kreisen verübt worden. Noch ist der Anschlag auf den Abgeordneten Scheidemann ungeklärt. Der Mordanschlag auf Rathenau wirkt um so erschütternder, als er einen Mann traf, dessen reiches Wissen anerkannt wurde und der mit feinem Willen im Verzuge war, einen gangbaren Weg für Deutschland aus dem Elend der Kriegsfolgen zu finden. Die Regierung des Freistaates Sachsen ist mit dem Herrn Reichstanzler der Meinung, daß es sich bei den Mordanschlägen um einen wohlangelegten, organisierten Plan handelt, der von den nationalitätlich-monarchischen Parteien begünstigt worden ist. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung alles tun wird, um neue Mordanschläge zu vermeiden, und glaubt, daß bei voller Wahrung der Meinungsfreiheit doch alles getan werden muß, um der nationalitätlichen Hebelarbeit Einhalt zu tun und die geheimen oder offenen staatsfeindlichen Organisationen zu unterdrücken. Die Regierung des Freistaates Sachsen hat von sich aus bereits alle Vorbeugungsmaßnahmen getroffen und ist bereit, die Reichsregierung in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Bestrebungen mit Hilfe der Arbeiterschaft zu unterstützen. Sie spricht der Reichsregierung die herzlichste Teilnahme für den erlittenen schweren Verlust aus und bittet, dies auch der Familie Rathenaus zu übermitteln. (L. i. n. i. s. t. l.)

Beerdigung Rathenaus auf Reichshofen.

Berlin, 26. Juni. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Beerdigung Rathenaus auf Reichshofen vorzunehmen. Die Leiche des Ministers wird am Montag im Reichstage aufgebahrt werden. Am Dienstag nachmittag erfolgt unter Teilnahme der Reichsregierung und des Reichstages die Beisetzung. Die Leiche wird nach dem Erbgebäude der Familie in Oberschöneweide gebracht werden. Wie angekündigt wird, werden in Berlin und im ganzen Reich die Beamten, Angestellten und Arbeiter durch eine halbtägige Arbeitsruhe und große Kundgebungen demonstrieren. (Der Gewerkschaftskreis soll 24 Stunden dauern. Red.)

Die Obduktion der Leiche wurde am Sonntag vormittag im Schauhaus von mehreren Gerichtsärzten unter Hinzuziehung eines Schießfachverständigen vorgenommen. Die Untersuchung ergab, daß der Minister von fünf Kugeln durchbohrt worden war. Wahrscheinlich war schon der erste Schuß, der links vom Rücken durch die Brusthöhle ging und den rechten Lungenspiegel durchbohrte, tödlich. Der erste Schuß fiel, als das Auto der Mörder von hinten unmittelbar an den Wagen des Ministers herankam, war, also aus nächster Nähe. Von der Handgranate rührten die Verletzungen an der rechten Hand und am rechten Bein her.

Der vorläufige Nachfolger Rathenaus.

(Druckmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Juni. Die Geschäfte des Auswärtigen Amtes hat Herr Daniel provisorisch übernommen.

Allgemeine Arbeitsruhe in Berlin.

(Druckmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Juni. Mit Rücksicht auf die morgige Trauerfeier für den ermordeten Minister Rathenau tritt mittags 12 Uhr eine allgemeine Arbeitsruhe ein. Am Mittwoch früh wird die Arbeit wieder aufgenommen. Die Notstandsarbeiten werden während der Arbeitsruhe verrichtet. Vom Reichsverkehrsministerium hören wir, daß sich der Fernverkehr glatt abwickeln wird, können ist mit großen Störungen in Berliner Stadt- und Vorortverkehr zu rechnen.

Deutscher Industrie- und Handelsstag.

Eisenbahnfragen. — Reichsrechtliche Regelung der Anbahnkommissionen und Gemeindefahrten mit den Arbeitnehmern.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsstages hielt in Köln seine ausgedehnte gut besuchte Sommertagung ab, an der auch Vertreter mehrerer Reichsministerien teilnahmen. Bei den Verhandlungen und Feststellungen stieg immer der Gedanke durch des herkömmlichen Anteils des unbedeutenden Deutschlands am Gesichte des besetzten Gebiets und des festen Willens den Zusammenhang mit diesem durch feinerlei Mittel lockern zu lassen.

Das besondere Interesse galt einem Vortrag von Unterstaatssekretär a. D. Brande über die Notwendigkeit, die Reichseisenbahnen einer durchreisenden Veränderung des Verwaltungssystems zu unterwerfen, um das Eisenbahnwesen nach den Grundgesetzen wirtschaftlicher Arbeit zu betreiben. In der Kritik über die unhaltbaren Zustände des Eisenbahnwesens und über die Unmöglichkeit, die jetzige Tarifpolitik aufrecht zu erhalten, war die Verarmung einig. Der Verkehrskammer hatte dabei insbesondere hervorgehoben, daß heute die Personentarif zuungunsten der Gütertarife in übertriebenem Maße gehoben würden und die Personentarif in den einzelnen Klassen falsch belastet seien. Auch wurde eine harte Verurteilung darüber laut, daß die Eisenbahnverwaltung die Mitarbeit der Wirtschaftskreise bisher gänzlich ausgeschlossen hat. Schließlich war einstimmig darüber beschlossen, daß die Eisenbahnen den politischen Einflüssen möglichst entzogen werden müßten und daß feinerlei Notwendigkeit dafür anerkannt werden könne, sie solchen Einflüssen zu unterstellen. Obgleich die Ausführungen eines Vertreters des Reichsverkehrsministeriums über die Erhaltung kleiner Fortschritte anerkannt wurden, wurde doch immer wieder mit starkem Nachdruck betont, daß solche kleine Fortschritte ungenügend seien und das Reichsverkehrsministerium eine bessere Tarifpolitik betreiben und eine größere Wirtschaftlichkeit des Betriebes angesichts unserer bedrohten Lage in sehr viel weiterem Umfang, als bisher, die Einkaufspreise, die die Reichseisenbahnen auch in Zukunft Reichsbetriebe bleiben oder einer privatwirtschaftlichen Form angehöre, oder ausgeführt werden sollten, wurde vollkommen offen gelassen und eine kleiner Ausschuss einberufen, der gerade diese Seite der Frage studieren soll.

Die erste Sitzung eines im Kreise des Deutschen Industrie- und Handelsstages aufgestellten Entwurfs eines Reichsrahmengesetzes für die Handelskammern wurde nach einem Bericht von Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Huber beendet. — Die in den Verhandlungen im Unterausschuße des Verfassungskonferenzen des Reichswirtschaftsrats von Herrn v. Wendelssohn mit den Arbeitervertretern besprochenen Leitfäden über eine Gemeindefahrtenarbeit mit den Arbeitervertretern in einem Gemeindefahrtenorgan für Handel, Industrie und Verkehr wurden im allgemeinen genehmigt. — Schließlich beabsichtigte Herr Dr. Ulrich-Bremes die Unmöglichkeit, die Löhne nach einem irgendwie gearteten Index zu bemessen. — Zur nächsten Sommertagung hat die Handelskammer Bremen eingeladen.

Bereinzelt Ausschreitungen im Reich.

Berlin, 26. Juni. Die Neben des Reichswasserversitätspräsidenten Loebe und des Reichstanzlers Dr. Wirth sind noch im Laufe des gestrigen Tages öffentlich angehalten worden. Aus dem Reich wird gemeldet, daß es in Nürnberg verschiedentlich zu Zusammenstößen kam. In einem Vokal wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ geurnen. Arbeiter drangen in das Vokal ein und verhinderten die Musik am Weiterspielen. In der Königsstraße kam es zu einer Schlägerei. Mehrere verletzten Arbeiter die Einsetzung der anlässlich des Nürnberger Trachtenfestes ausgehängten Fahnen. — In Freiburg a. B. durchzogen im Aufbruch an eine sozialistische Protestversammlung Truppen die Straßen, wobei es verschiedentlich zu Ausschreitungen kam. Die Demonstranten erzwangen die Einziehung der anlässlich des Regimentstages ausgehängten schwarzwelch-roten Fahne, die dann zum Teil sofort verbrannt wurde. Bei einem Zusammenstoß kam es auch zu Mißhandlungen von Teilnehmern des Regimentstages festes. Ein Teil der Täter konnte verhaftet werden. Sie waren teilweise aus Offenburg und Mannheim zugezogen. In Berlin laufen aus Kreisen der unteren Beamtenkategorien fortgesetzt Anzeigen der politischen Polizei ein, nach denen zweifelhaftes Verhalten, die sich Arbeiter nennen, versucht hätten, oder versuchten, in systematischer Weise zu wählen und zu gehen. Sie fordern zum Eintritt in die Vereine auf, die angeblich der nationalen Sache dienen, die jedoch mit der Deutschnationalen Volkspartei nicht das geringste zu tun haben und die man, wie die „Neue Welt“ bemerkt, wohl ohne weiteres als der Organisation G. angehängt zu betrachten habe.

Die Koalitionsbestrebungen nach links.

Berlin, 26. Juni. Die Unabhängigen haben, wie die „Neue Welt“ hört, achtern mit Mehrheit beschlossen, sich an der Neubildung der Regierung zu beteiligen, wenn einzelne Bedingungen erfüllt werden, deren genaue Formulierung heute erfolgen würde. Trotzdem müßte das Zustandekommen einer Regierungskoalition unter Einwirkung der Unabhängigen noch als sehr fraglich bezeichnet werden, wegen als bestimmt anzusehen wäre, daß das Kabinett Wirth, wie auch seine Zusammengehörigen lauten möge, im Zeichen des neuen Rufes auf die Unterdrückung der Unabhängigen werden rechnen können. Zu praxischen Verhandlungen machte sich unter dem Eindruck der Ereignisse die Regierung in verstärktem Maße geltend, auch in Preußen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu lösen. In erster Linie treten dafür die Sozialdemokraten ein.